

Einschaltung der Staatsanwaltschaft durch Wiener Wohnen

Neumayer: Wiener Wohnen kooperiert auf das Engste mit zuständigen Behörden für rasche und umfassende Aufklärung

"Wiener Wohnen hat bereits im Herbst letzten Jahres Verdachtslagen verfolgt, wonach beauftragte Unternehmen verrechnete Leistungen nur teilweise oder mangelhaft erbracht haben sollen. Nachdem sich die Verdachtslage verdichtete und entsprechende Unterlagen sichergestellt wurden, hat Wiener Wohnen im Oktober 2012 die Staatsanwaltschaft mit einer entsprechenden Sachverhaltsdarstellung eingeschaltet. Gegen Ende des letzten Jahres hat die Staatsanwaltschaft in Folge zwischenzeitig eingegangener anonymer Anzeigen die Ermittlungen auf einzelne MitarbeiterInnen von Wiener Wohnen ausgedehnt", so Josef Neumayer, Direktor von Wiener Wohnen.

"Es ist im größten Interesse von Wiener Wohnen, dass die Sachverhalte rasch und lückenlos aufgeklärt werden. Wiener Wohnen kooperiert von Anfang an auf das Engste mit den Behörden", so Neumayer.

Der Direktor von Wiener Wohnen hält weiters fest, dass bereits in den vergangenen Jahren mehrfach Maßnahmen ergriffen wurden, um jegliche Form von Korruption zu unterbinden. So wurde die interne Revision neu ausgerichtet und die interne Kontrolle damit personell verstärkt. Weiters wird derzeit an einem für alle MitarbeiterInnen verbindlichen Kriterienkatalog gearbeitet, der über jene klaren Richtlinien, die bereits für Bedienstete der öffentlichen Verwaltung gelten, hinausgeht und das Risiko- und Qualitätsmanagement verbessert.

Als Sofortmaßnahme nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe hat Wiener Wohnen die Daten der betroffenen MitarbeiterInnen, soweit es Wiener Wohnen möglich war, gesichert und diese den ermittelnden Behörden übergeben.

"Momentan handelt es sich um anonyme Anzeigen, die von der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Sollten sich die Verdachtsmomente erhärten oder bestätigen, werden neben einer strafrechtlichen Verfolgung von Wiener Wohnen selbstverständlich auch dienstrechtliche Schritte gesetzt. Allerdings müssen zuerst die Untersuchungen abgewartet werden", sagt Neumayer.